

## Projekt des Spitals ist bewilligt

**THUN** Eine neue Überbauung mit Alterswohnen, Kita, Einstellhalle: Das will die Spital STS AG bis Anfang 2019 realisieren. Der Regierungstatthalter hat das Projekt an der Burgstrasse 2 genehmigt.

Es ist ein Grossprojekt für die Spital STS AG: An der Burgstrasse 2 in unmittelbarer Nachbarschaft zum Thuner Spital ist ein rund 24 Millionen Franken teurer Neubau geplant – mit Alterswohnungen, Alterspsychiatrie, einer Kindertagesstätte für den Nachwuchs von Spitalangestellten und einer 150-plätzigsten Einstellhalle (wir berichteten). Gestern verkündete Statthalter Marc Fritsch, dass er die Baubewilligung für das Projekt erteilt hat. «Da keine Einsprachen geführt wurden, konnte der Regierungstatthalter bereits Mitte März den vorzeitigen Baubeginn für Vorbereitungsarbeiten wie die Bauplatzinstallation, das Aufstellen des Sicherheitszauns, Grabarbeiten und Erdsondenbohrungen bewilligen», heisst es in der Mitteilung weiter.

### Eröffnung im Januar 2019

Die Erdsondenbohrungen begannen Ende März, ab Ende April werden nach Angaben der Spital STS AG die Arbeiten für den Bau der Einstellhalle laufen. Diese dauern rund ein Jahr, danach wird die Gebäudehülle hochgezogen. «Es war immer das Ziel, das Gebäude ab 1. Januar 2019 nutzen zu können», sagt Bruno Zürcher,



**Das Areal an der Burgstrasse 2:** Hier wird bis 2019 der Neubau der STS AG erstellt. *Michael Gurtner*

stellvertretender CEO der Spital STS AG, auf Anfrage zum weiteren Zeitplan. Bisher gebe es keinen Grund, davon abzusehen – «mit der jetzt erteilten Baubewilligung sind wir auf Kurs». Zürcher führt zudem aus, dass möglicherweise ein Teil der Bruttofläche im Neubau von Dritten genutzt werde: «Das ist eine Option, falls wir die Rückbaumöglichkeiten nicht selber voll beanspruchen.»

Laut Marc Fritsch müssten während des Baubewilligungsverfahrens die Anpassung der Kantonsstrasse und eine Änderung der Überbauungsordnung genehmigt werden. Der bestehende Fussgängerstreifen wird leicht in Richtung Bernort verlegt – zum Eingangsbereich der neuen Überbauung hin. Weiter schreibt der Regierungstatthalter: «Das Bauvorhaben an der Burgstrasse muss erstellt werden können, ohne dass die Nachbarn oder der Durchgangsverkehr darunter leiden.»

### Erstes Projekt nicht umgesetzt

Einmal war an der Burgstrasse 2 eine Überbauung mit Drive-in-Restaurant vorgesehen. Dieses Projekt erhielt im März 2012 die Bewilligung, wurde aber «durch den damaligen Eigentümer nicht ausgeübt», wie Statthalter Marc Fritsch in seiner Mitteilung festhält. *Michael Gurtner*

## THUN STADTRAT ENTSCHEIDET ÜBER STRANDBAD-SANIERUNG

# Nach zwei Stunden stand das Ja fest



**So soll der erneuerte Strämu dereinst aussehen.** Erkennbar ist der neue Holzliegebereich (links) anstelle des heutigen tribünenartigen Affenfelsens. *zvg*

**Der Stadtrat bewilligte gestern einen Kredit von 3,57 Millionen Franken an die Gesamtsanierung des Strandbads. So weit die Fakten. Doch bis es so weit war, gingen die Wogen fast zwei Stunden lang hoch. Schuld war nicht nur der Affenfelsen.**

Der Thuner Strämu muss saniert werden – einige Bestandteile wie die Wasseraufbereitung haben ihre Lebensdauer überschritten. Dies dürfte in der Kyburgstadt unbestritten sein. Alles andere rund um das 17,64-Millionen-Projekt, so schien es, gab gestern im Parlament jede Menge zu diskutieren. Die Fraktion der Grünen wollte das Geschäft gleich grundsätzlich zurückweisen, weil es in dieser Form gegen die Stadtverfassung verstosse – und scheiterte mit diesem Antrag (siehe Kasten). Somit war der Weg frei für das eigentliche Parlamentsgeschäft. Nicht aber für Einigkeit im Rat.

**«Strämu soll Strämu bleiben»**  
Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) legte sich für das Sanierungsprojekt ins Zeug: «Der Strä-

mu soll der Strämu bleiben, aber einfach besser werden.» Zur Erinnerung: Bis Frühling 2020 soll die gesamte Anlage in drei Etappen technisch auf den neusten Stand gebracht und attraktiver gestaltet werden. Die Garderoben und Nasszellen werden in den Haupttrakt verlegt. Der sogenannte Affenfelsen – die tribünenartigen Betonstufen neben dem 50-Meter-Becken – muss weichen; nicht aus ästhetischen Gründen, wie Hädener betonte, sondern weil der darunter angeordnete Zentraltrakt zu tief liege und die Betonstufen als «Dach» undicht seien. Vorgesehen sind zudem eine neue Wasserrutschbahn am See, ein Wasserspielbereich für Kleinkinder und eine neue betonierte Uferpromenade. Hädener betonte: «Wir präsentieren hier ein gründlich vorbe-

reitetes Geschäft, das nach Abklärungen und Befragungen bei verschiedenen Interessensgruppen ausgearbeitet wurde. Und wir sind stolz auf dieses Projekt, das aber natürlich auch ein Preischild hat.» Auf diesem steht der erwähnte Betrag von 17,64 Millionen Franken, davon hat der Gemeinderat in eigener Kompetenz bereits gut 14 Millionen für den Unterhalt genehmigt. Der Stadtrat seinerseits musste gestern über den Investitionsanteil von 3,57 Millionen entscheiden (wir berichteten). Laut Hädener wurde das Hauptaugenmerk darauf gelegt, die Kosten tief zu halten.

### Von «Wow» bis «No-Go»

«Wow, super, merci für das tolle Projekt!», rühmte Susanna Ernst im Namen der BDP-Fraktion – und freute sich etwa über die längeren Öffnungszeiten oder das neue Floss im See. Nicht alle mochten jedoch ins Loblied einstimmen. Beat Grimm (Grüne) wies auf den Schutz vor dem Wind

hin, den der Affenfelsen heute biete. Und er kritisierte, dass bei der Bevölkerungsumfrage nie erwähnt worden sei, dass das Konstrukt weichen müsse. Sein Parteikollege Thomas Hiltbold nannte den Betonuferweg «ein No-Go im nationalen Schutzgebiet für Wasservögel». Innerhalb der SVP/FDP-Fraktion herrschte keine Einigkeit: Michael Dähler zitierte Strandbadbesucher, die monierten, das Augenmerk sei mehr auf die Architektur als auf die Nutzerbedürfnisse ausgerichtet – Stichwort auch hier: Affenfelsen. Philipp Deriaz hingegen mokierte sich darüber, «dass wir bei einem 17-Millionen-Projekt über einen Betonklotz diskutieren». Er wollte dem Projekt eine Chance geben. Grossmehrheitlich «Daumen hoch» hiess es auch bei den zuständigen Sachkommissionen, für die Franz Schori (SP) feststellte: «Das Projekt ist wirtschaftlich vertretbar und betrieblich machbar.» Auf Detailebene sei zudem aufgrund der

Etappierung die eine oder andere Anpassung durchaus noch möglich. Schoris SP-Parteikollegin Katharina Ali-Oesch freute sich über die «sinnvolle Umnutzung der Hauptgebäude», den hinderschweren See-Einstieg oder die Winternutzung. Der Betrag sei gross, der Nutzen aber ebenso. Jonas Baumann (Fraktion der Mitte) sah Kosten und Nutzen gar in optimalem Verhältnis und lobte, dass die Bevölkerung frühzeitig mit einbezogen worden sei. Sein Fazit: «Das schönste Strandbad der Gegend wird noch schöner!»

### Gehen Diskussionen weiter?

Dieser Meinung war schliesslich eine Mehrheit des Parlaments: Mit 24:10 Stimmen bei einer Enthaltung bewilligte der Stadtrat nach fast zwei Stunden den 3,57-Millionen-Kredit. Dass die Diskussionen weitergehen, ist trotzdem möglich. Gegen den Entscheid kann nämlich das Referendum ergriffen werden. ...

*Michael Gurtner*

## EINTRETENSBEBATE UND RÜCKWEISUNGSANTRAG ZUM STRANDBAD-GESCHÄFT

**Stadtpräsident Lanz: «Wir wollen nicht aus politischen Gründen an den Zahlen zu schrauben beginnen»**

**Stadtrat Thomas Hiltbold warf dem Gemeinderat gestern vor, dass er die Limite der nicht gebundenen Ausgaben bewusst tief gehalten habe, um eine Volksabstimmung zu verhindern. Sein Rückweisungsantrag kam aber nicht durch.**

Längere Zeit sah es gestern so aus, als würde der Thuner Stadtrat gar nicht über das eigentliche Geschäft der Strandbadsanierung diskutieren (siehe Text oben). Der Investitionskredit über 3,57 Millionen Franken war nämlich anfänglich zur reinen Nebensächlichkeit verkommen und hatte stattdessen einer demokratiepolitischen Auslegung Platz gemacht.

In einer Eintretensdebatte, welche er selber angeregt hatte, wies Thomas Hiltbold (Grüne) das Geschäft im Namen seiner Fraktion zurück. Sein Vorwurf: Der Gemeinderat habe den Kredit der nicht gebundenen Ausgaben bewusst unter der Limite von 4 Millionen Franken gehalten, um eine Volksabstimmung zu verhindern, die ab dieser Kredithöhe zwingend vorgeschrieben ist. So zweifelte Hilt-

pold insbesondere das Verhältnis zwischen den Unterhaltskosten von 14 Millionen Franken, welche in die alleinige Kompetenz des Gemeinderats fallen, und den Investitionskosten an, über welche der Stadtrat gestern zu befinden hatte. Der grüne Politiker machte seinen Argwohn am Beispiel des Nichtschwimmerbeckens deutlich, welches völlig neu erstellt wird: «Dieses Becken wird zu hundert Prozent unter den Unterhaltskosten abgebaut, obwohl es hier nicht um eine vorhandene Bausubstanz geht, was eines der Hauptkriterien des Unterhalts wäre.» Mit diesem Vorgehen verletze der Gemeinderat das Stimmrecht der Bevölkerung. Und Hiltbold stellte die Frage in den Raum: «Findet ihr es denn richtig, dass 5 Gemeinderäte und 35 Stadträte über ein 17-Millionen-Projekt befinden?» Und gab sich die Antwort gleich selbst: «Nein, die Stimmberechtigten bezahlen diese Kosten. Sie sollen entscheiden!»

### Die Meinungen waren geteilt

Im Rat waren die Meinungen geteilt: Während Jonas Bau-



**Angeregte Gespräche:** Im Thuner Stadtrat gab es während des Sitzungsunterbruchs einiges zu klären. *Michael Gurtner*

mann-Fuchs im Namen der FDM und Peter Aegerter im Namen der BDP das Vorgehen von Thomas Hiltbold infrage stellten und den Rückweisungsantrag ablehnten, war die SP-Fraktion gespalten. So erklärte Stadtrat Franz Schori, dass er den Antrag unterstützte, gerade weil er das Projekt derart gut finde: «Ich kann mir nämlich vorstellen», so Schori, «dass das Referendum ergriffen wird.» Die Volksabstimmung sei dann bereits vorbelastet: «Es würde heissen, Gemeinde- und Stadt-

rat hätten die 17 Millionen am Volk vorbeischummeln wollen.» Und diesem Argument wolle er vorneweg keine Chance geben.

### Hädener und Lanz klärten auf

Schliesslich war es an Gemeinderat Konrad Hädener (CVP) und Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP), die Grundsatzdebatte zu beenden: «Wir haben beim heutigen Projekt immer noch eine mögliche Kostenabweichung von plus oder minus zehn Prozent», so Hädener. «Zudem besteht eine Reserve

von 1,3 Millionen Franken, von welcher wir nicht wissen, ob wir sie für Unterhaltsarbeiten oder Investitionen brauchen.» Deshalb sei es verfrüht, das Budget bereits derart zu zerpfücken.

Laut Stadtpräsident Raphael Lanz hat die Fachabteilung die Aufteilung «nach bestem Wissen und Gewissen» vorgenommen. Diese sei anschliessend durch den Rechtsdienst und die Finanzverwaltung geprüft und als richtig befunden worden.

«Wir behandeln jedes Geschäft so objektiv als möglich und wollen nicht plötzlich an den Zahlen zu schrauben beginnen, nur damit wir eine Budgetgrenze erreichen oder diese knapp unterschreiten», erklärte Lanz die Überzeugung des Gemeinderats. «Das würde ja heissen, dass wir aus politischen Gründen falsche Zahlen vorlegen, nur damit wir beispielsweise einen Kredit vors Volk bringen können oder nicht.»

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung wurde Hiltbolds Rückweisungsantrag mit 20 zu 14 Stimmen abgelehnt.

*Barbara Schluchter-Donski*